

Soziale Entwicklung in Zeiten der Globalisierung – Trends aus den Länderberichten in der internationalen Ausgabe des Social Watch Berichts

VON UWE KERKOW¹

Dieser Beitrag filtert übergeordnete Trends sozialer Entwicklung und die sie bestimmenden Größen aus den Länderberichten der englischen Fassung des Social Watch Reports 2002 heraus, die von einer Vielzahl Autoren aus 48 Ländern stammen².

Lateinamerika: Exportorientierung und Schuldenkrise behindern soziale Entwicklung

Welche sozialen Konsequenzen umfangreiche Deregulierungsmaßnahmen im Rahmen von Wirtschaftspolitiken zeitigen, die einzig an Zielgrößen wie Konkurrenz- und Zahlungsfähigkeit ausgerichtet sind, hat sich nicht nur an der Katastrophe in Argentinien gezeigt. Die übergroße Mehrheit der Social Watch Berichtersteller aus Lateinamerika konstatiert eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, eine unsoziale Steuerpolitik und die Abkoppelung gerade der produktivsten Wirtschaftszweige aus der steuerlichen Umverteilung.

Sogar in **Chile**, dem ökonomischen Musterschüler des Kontinents, zeigt sich immer deutlicher, dass eine ungebremsste Öffnung der Märkte nicht die erhofften Wohlfahrtsgewinne bringt. Das Land ist Ziel erheblicher ausländischer Direktinvestitionen, die zum größten Teil aus den Vereinigten Staaten stammen. Doch gerade die Marktöffnungsstrategie, so das dreiköpfige Autorenteam aus Chile³, hat die Einkommensunterschiede im Land verschärft, den Landbesitz in noch weniger Händen konzentriert und die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau eingefroren. 20 Prozent der Einwohner leben unter der Armutsgrenze⁴ und 5,7 Prozent müssen als absolut arm⁵ bezeichnet werden. Das reichste Zehntel verfügt derzeit über 53,4 Prozent der gesamten Einkommen.

In **Peru** bereitet die Orientierung auf den Bergbausektor und den Export erhebliche soziale Probleme. Nicht nur, dass acht Milliarden US-Dollar für Importe von Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs aufgewendet werden müssen. Dies belastet die Außenhandelsbilanz und die Importe verdrängen zudem peruanische Erzeugnisse vom Markt. Um das Land für Investitionen interessanter zu machen, hat man zudem die Arbeitsmärkte dereguliert: Unter anderem wurden Entlassungen von Arbeitnehmern vereinfacht, die Arbeitszeiten verlängert und die Verhandlungsrechte der Gewerkschaften eingeschränkt. Die großen Bergbaukonzerne tragen ihrerseits nicht zur Entwicklung Perus bei. Héctor Béjar vom „Initiativkomitee der Nationalen Konferenz für Soziale Entwicklung“ beklagt, dass sie ihre Investitionen als Verluste steuerlich geltend machen könnten, wenn sie die ersten Gewinne verzeichnen und so *de facto* nie Steuern zahlen müssten. In Lima leben derzeit 44,2 Prozent der Menschen in absoluter Armut und auf dem Lande sind es sogar 66,1 Prozent. Im Landesdurchschnitt sind elf Prozent aller Kinder unter- oder fehlernährt. Die Einkommensverteilung ist in der zweiten Hälfte der 90er

Jahre noch unausgewogener geworden: Lag der Gini-Koeffizient⁶ für Peru 1997 noch bei 0,386, war er 2000 über die 0,4 Marke gesprungen. Im Durchschnitt für Lateinamerika und die Karibik lag der Gini-Index nach Angaben der Weltbank 2000 bei 0,489.

Bolivien macht ebenfalls schlechte Erfahrungen mit einer zügellosen Liberalisierung. Hier führt der hohe Konkurrenzdruck auf die einheimische Industrie dazu, dass Preise und Tarife steigen; Privatisierungen und eine schwache Exekutive verschärfen die Situation zusätzlich. Wie in Peru ist es auch in Bolivien gerade der produktivste Teil der Volkswirtschaft – die stark expandierende Naturgasindustrie – die keinen angemessenen Anteil zum Steueraufkommen beiträgt. Obwohl die Gasproduktion allein im Jahr 2000 um 38 und der Gasexport nach Brasilien sogar um 242 Prozent gestiegen sind, ist der Anteil des Steueraufkommens aus diesem Wirtschaftszweig um einen Punkt auf 27 Prozent gefallen. Gustavo Luna vom „Social Watch Projekt des Zentrums für Arbeits- und Landwirtschaftliche Studien“ schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass die derzeitige Bevorzugung transnationaler Unternehmen das Land immer tiefer in zwei Teile spalten werde: Ein kleiner Teil der Bevölkerung arbeitet im Exportsektor, ist so an den Weltmarkt angekoppelt und hat an dessen Dynamik Teil. Die große Mehrheit muss sich mit der stagnierenden heimischen Wirtschaft arrangieren.

Ganz ähnlich stellt sich die Situation in **Costa Rica** dar. Die dortige Autorengruppe⁷ kritisiert vor allem die große Konzentration von Unternehmensmacht im Exportsektor, die im Ergebnis darauf hinausläuft, dass nur fünf Prozent aller Firmen im Lande direkt für den Export produzieren. Zwei Drittel von ihnen operieren zudem von zollfreien Zonen aus, kommen in den Genuss erheblicher Steuervorteile und schaffen dennoch kaum Arbeitsplätze. Die Senkung von Importzöllen verschärft die Einkommenssituation des Staates zusätzlich, der mittlerweile 75 Prozent aller Einnahmen aus – im Prinzip unsozialen – Verbrauchssteuern bezieht.

Der zentrale Kritikpunkt im Beitrag von Areli Sandoval Terán, dem Koordinator der mexikanischen Social Watch Organisation ist die unsoziale Steuerreform der Regierung von Vicente Fox. Kernstück der Reform ist eine 15-prozentige Mehrwertsteuer, die nicht nur preistreibend wirkt, sondern vor allem deshalb unsozial ist, da sie ärmere Bevölkerungsgruppen überproportional belastet. Terán befürchtet enorme soziale Konsequenzen und schlägt vor, statt dessen Luxusgüter zu besteuern sowie spekulatives Kapital. Für 2002 wird in **Mexiko** darüber hinaus noch eine substantielle Senkung der Sozial- und Bildungsausgaben erwartet. Insbesondere die Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden zwischen 7,5 und 8,3 Prozent weniger Mittel zur Verfügung haben.

1 Uwe Kerkow ist freier entwicklungspolitischer Fachjournalist.
2 Alle Texte sind auf der Webseite von Social Watch (www.socialwatch.org) einzusehen.
3 Coral Pey, Dante Donoso und Luis Arellano von der „Chilenischen Allianz für einen Gerechten und Verantwortlichen Handel“.
4 Die Armutsgrenze wird durch die Hälfte des Durchschnittseinkommens in einem Land definiert.
5 Weniger als 1 US-Dollar Einkommen pro Tag.

6 Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Mittel, das die Einkommensverteilung in einer Gruppe von Menschen beschreibt. Je näher die Maßzahl an 0 liegt, desto gleichmäßiger ist das Einkommen verteilt, je näher er an 1 liegt, desto ungerechter. Zur Einordnung: Die Weltbank bezifferte den Gini-Index für das subsaharische Afrika im Jahr 2000 mit 0,509 – für die Industrieländer dagegen mit 0,307.
7 Justo Aguillar, Mauricio Castro, Juliana Martinez, Erlend Munos, Carlos Pentzke und Ana Felicia Torres vom „Institut der Dritten Welt“.

Asien: Ausgrenzung von Frauen, der Kampf um Land und strukturelle Armut

Die Situation der Menschen in den verschiedenen Entwicklungsländern Asiens differiert erheblich. Im wesentlichen lassen sich drei Gruppen ausmachen: Zur ersten Gruppe gehören südostasiatische Nationen wie Thailand, die Philippinen oder Malaysia (Drachenstaaten), die konsequent Anschluss an die Weltmärkte suchen. Zur zweiten Gruppe zählen die südasiatischen Länder und Indonesien mit ihren großen Binnenmärkten. Die dritte Gruppe umfasst Transitionsländer – in den Social Watch Länderberichten durch Kambodscha und Vietnam vertreten – die sich nach einer Phase zügigen wirtschaftlichen Wachstums und großer sozialer Umwälzungen jetzt schwer tun, Schritt zu halten. Dennoch lassen sich aus den einzelnen Darstellungen Gemeinsamkeiten herauslesen, die unter dem Begriff Ausgrenzung und strukturelle Armut zusammengefasst werden können. In allen Ländern gibt es große Bevölkerungsgruppen, die keine Chance haben, sich und ihren Anliegen Gehör zu verschaffen oder die wenigen sich bietenden Chancen und Ressourcen für sich persönlich zu nutzen. In den allermeisten Fällen liegt das daran, dass die Betroffenen Frauen sind. Der Grund kann aber auch darin zu suchen sein, dass sie zu marginalisierten ethnischen oder religiösen Minderheiten gehören oder in vernachlässigten Regionen ihres jeweiligen Heimatlandes leben.

„Frauen und Entwicklung: Vögel im größeren Käfig“ haben Atiur Rahman⁸ und Ismail Hossain⁹ ihren Jahresbericht aus **Bangladesch** beschrieben. Darin weisen sie nach, dass Frauen nicht nur bei allen fundamentalen Sozialleistungen benachteiligt werden und fast die Hälfte von ihnen Analphabeten sind, während zwei Drittel der Männer lesen und schreiben können. Auch ihre Stellung auf den offiziellen Arbeitsmärkten und in der informellen Wirtschaft ist weit schlechter als die der Männer. Wichtiger noch ist jedoch die Tatsache, dass sowohl das muslimisch, wie das hinduistisch bestimmte Erbrecht Frauen beim Zugang zu Land massiv benachteiligt. Das beschneidet auch ihren Zugang zu anderen Ressourcen, etwa Krediten. In den letzten Jahren ist die Zahl der Haushalte, denen eine Frau vorsteht, deutlich gewachsen. Ihr Einkommen liegt im Mittel jedoch lediglich bei 55 Prozent der durchschnittlichen Einnahmen aller als arm eingestuften Haushalte.

Etwa 70 Prozent der Inderinnen und Inder sind Bauern. Doch 42,4 Prozent der Menschen auf dem Subkontinent sind „absolut Landlose“ und weitere 53,7 Prozent gelten als „Landlose oder semi-Landlose“, wie John Samuel¹⁰ berichtet. Die Mehrheit der landlosen Farmerbeiter rekrutiert sich aus Dalits (sogenannte Kastenlose) und traditionell marginalisierten Stammesgesellschaften. Landarbeiter stellen auch den Löwenanteil der Arbeitskräfte in der informellen Wirtschaft, in dem neun von zehn Menschen in **Indien** ihr Auskommen finden müssen. Die indische Wirtschaft wies in den letzten zehn Jahren zwar ein durchschnittliches Wachstum von 6,4 Prozent *per annum* auf, und die Regierung in Delhi weist unermüdlich darauf hin, dass die Armut von 39,2 Prozent in 1993/94 auf 26,1 Prozent in 1999/2000 gesunken sei. Dem hält Samuel

entgegen, dass die absolute Zahl der Armen in diesem Zeitraum beträchtlich gestiegen ist und 44,2 Prozent aller Inderinnen und Inder immer noch mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen müssen. Zudem scheinen sowohl die Zentralregierung als auch die Bundesstaaten das Armutproblem nicht als politische Priorität aufzufassen: Die Ausgaben für Gesundheit sind von 1,25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahr 1993/94 auf 0,9 Prozent in 1999/2000 gefallen. Die Kindersterblichkeit liegt bei 70 Todesfällen auf tausend Geburten, bei unterprivilegierten Kasten und Volksgruppen sind es fast 85. Circa drei Prozent des BIP werden für Bildung ausgegeben – allerdings fallen die Aufwendungen für Grundbildung. Das Ergebnis: 63 Millionen 6- bis 14-jährige gehen nicht zur Schule.

Auch in **Nepal** bleibt der Zugang zu Land eine bestimmende Größe im Ringen um sozialen Fortschritt. 15 Prozent aller Familien gelten als Landlose und weitere 33 Prozent müssen mit weniger als einem halben Hektar auskommen. Die zunehmende Ausgrenzung der armen Bevölkerung folgt in Nepal vorwiegend regionalen Gegebenheiten: Je bergiger und unzugänglicher eine Region ist, desto ärmer sind ihre Bewohner im Durchschnitt. Doch auch in Nepal entscheidet vor allem die Geschlechtszugehörigkeit über den Zugang zu Ressourcen. Wie in Bangladesch und Indien haben Frauen *de facto* keine Möglichkeit, Land zu erwerben oder zu erben. Nur 23 Prozent der Frauen in Nepal können lesen und schreiben und die Müttersterblichkeit ist mit 875 Todesfällen auf 100.000 Geburten gar die höchste in der Welt.

In **Indonesien** warten die Menschen noch immer darauf, dass sich die Wirtschaft von der Asienkrise 1997 erholt. Einmal mehr bestimmt die Geschlechtszugehörigkeit über weite Strecken die Lebenschancen. Die Zahl der Analphabetinnen und der Frauen, die nur über Grundbildung verfügen, ist doppelt so hoch, wie die der Männer. Die Armut stagniert auf hohem Niveau: Bei einer Inflationsrate von 12,5 Prozent müssen fast die Hälfte aller Indonesierinnen und Indonesier ihren Lebensunterhalt mit einem Monatseinkommen von weniger als 20 US-Dollar bestreiten.

In **Malaysia** ist die Integration in die Arbeitsteilung auf dem Weltmarkt vergleichsweise weit fortgeschritten. Die derzeitige Planung der Regierung sieht vor, dass das Land in acht Jahren über 90 Prozent seiner Exporte mit verarbeiteten Gütern bestreitet – zum allergrößten Teil mit Elektronik und entsprechenden Vorprodukten. Schon heute machen Exportprodukte 80 Prozent des BIP aus. Doch die Teilnahme am Geschehen auf den Weltmärkten birgt auch Risiken: War das Wirtschaftswachstum Malaysias für 2001 ursprünglich auf fünf bis sechs Prozent geschätzt worden, musste diese Zahl nach den Ereignissen des 11. Septembers scharf nach unten korrigiert werden und beträgt nun nur noch ein bis zwei Prozent. Die Zielsetzung der malaysischen Regierung, die absolute Armut im Land bis 2005 auszulöschen, nennt das Autorenteam¹¹ aus Penang denn auch „unrealistisch“. Kritik üben sie vor allem an der Armutsdefinition der Regierung, die zu niedrig angesetzt sei und den wahren Verhältnissen nicht gerecht werde.

Auch Jessica Reyes-Cantos von der philippinischen „Aktion für wirtschaftliche Reformen“ widmet den Konsequenzen des 11. September einen eigenen Abschnitt in ihrem Bericht von dem Inselstaat. Da die

8 Wissenschaftler und Vorsitzender der NRO Shamunnyay.

9 Professor am Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften der Jahangir Nagar Universität und Berater für Shamunnyay.

10 John Samuel ist Direktor des Nationalen Zentrums für Advocacy-Studien und Herausgeber von ‚Infochange News and Features‘.

11 Der Länderbericht Malaysia wurde von der Verbrauchervereinigung in Penang geliefert.

Exportquote hier jedoch nur bei 40 Prozent des BIP liegt, wurde die Wirtschaft nicht ganz so hart von dem Einschnitt getroffen. Wie zäh das Geschäft der Armutsbekämpfung tatsächlich ist, zeigt der Bericht aus den **Philippinen** sehr genau, da Reyes-Cantos aggregierte Zahlen zur Verfügung stellt, die bis in das Jahr 1961 zurück reichen. Demnach ist es auf den Philippinen gelungen die staatlich erfasste Armut zwischen 1961 und 1997 jährlich um 0,76 Prozentpunkte zurück zu drängen – 0,92 Punkte in den Ballungsräumen aber nur 0,54 in ländlichen Regionen. Seit der Asienkrise hat sich dieser Trend jedoch umgekehrt: Zwischen 1997 und 2000 ist die offizielle Armut auf dem Land im Schnitt um ein Prozent jährlich gestiegen, in den Städten immer noch um 0,83 Prozentpunkte. Lag die Zahl der offiziell Armen 1985 bei 26,23 Millionen und 1997 bei 26,77 Millionen, bezeichnet die philippinische Regierung jetzt 31,3 Millionen Menschen als arm. Dem Staat ist es bisher nicht gelungen, politisch gegenzusteuern. Im Gegenteil: Gemessen am BIP sanken die Ausgaben im Bildungs- und Gesundheitswesen, bei der sozialen Sicherung und im Wohnungsbau.

Unter die Überschrift „**Thailand** und strukturelle Armut“ hat die Arbeitsgruppe Soziale Agenda um Ranees Hassarungsee ihren Beitrag gestellt. Auch Thailand hat sich noch nicht von den Folgen der Asienkrise erholt, und die Autoren beklagen, dass die Hinwendung zu einer profitorientierten Nutzung der natürlichen Ressourcen viele Menschen ausschließt. Das eklatanteste Beispiel ist vielleicht, dass die staatliche Politik möglichen Spekulationsgewinnen auf Grundstücke den Vorzug vor einer landwirtschaftlichen Nutzung gibt und die Betroffenen nicht nur den Zugang zu wichtigen Ressourcen verlieren, sondern auch Verhandlungsmacht und politischen Einfluss. Um den verlorenen Boden wieder gut zu machen, haben Organisationen der Zivilgesellschaft – wie das landesweit agierende „Alternative Netzwerk Landwirtschaft“ – ihre Aktivitäten in den letzten Jahren verstärkt. Nach mehrjährigen zähen Verhandlungen hat die Regierung in Bangkok jetzt einem Pilotprojekt zugestimmt, um kleinbäuerliche nachhaltige Landwirtschaft gezielt zu fördern: In der ersten Phase von 2001 bis 2003 sollen zunächst rund 4.300 Hektar für 3.670 Familien erschlossen werden. Darüber hinaus werden 3.535 Fischerfamilien gefördert.

Vietnam¹² hat in den letzten zehn Jahren erhebliche Fortschritte bei der Armutsbekämpfung und der Bereitstellung sozialer Grunddienste gemacht. Mehr als neun von zehn erwachsenen VietnamesInnen können heute lesen und schreiben – das ist bei weitem die höchste Quote in der Region. (In Kambodscha sind es nur 67 und in Laos gar nur 56,6 Prozent.) Die offizielle Armutsrate sank während der 90er Jahre von 58 auf 37 Prozent. Das ist zu einem großen Teil dem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum Vietnams zuzuschreiben, dass selbst im Mittel der zweiten Hälfte der 90er Jahre noch um acht Prozent lag. Zudem hat die vietnamesische Regierung ernsthafte Anstrengungen im Bereich der sozialen Entwicklung unternommen. Dass aber Wirtschaftswachstum allein keine Nivellierung der Einkommensverteilung bedeutet, erweist sich am Beispiel Vietnams erneut, wo die Gini-Koeffizienten in fast allen Regionen seit 1995 gestiegen sind.

12 Die Autoren des vietnamesischen Berichtes heißen Tran Thi Que und Tho Xuan Phuc und arbeiten beim ‚Zentrum für Studien zu Gender, Umwelt und Nachhaltige Entwicklung‘.

Weit weniger erfolgreich verlief der Entwicklungsweg **Kambodschas**¹³. Die Folgen des 16-jährigen Bürgerkrieges, Naturkatastrophen, aber auch korrupte Behörden behindern das Land bei seinen Entwicklungsanstrengungen erheblich. Die Müttersterblichkeit ist mit 473 Todesfällen auf 100.000 Geburten eine der höchsten in der Welt. Eine jüngst abgeschlossene Studie hat ergeben, dass die Hälfte aller Kinder unter fünf Jahren unterernährt ist. Die Entwaldung, der die Regierung jetzt mit einem Einschlagverbot Herr zu werden sucht, hat Überschwemmungen mit verursacht, deren Kosten allein im Jahre 2000 auf 156 Millionen US-Dollar geschätzt werden. Erfolge wurden vor allem beim Verteidigungshaushalt erzielt, dessen Anteil an den Staatsausgaben von 62 Prozent in 1994 auf – allerdings immer noch viel zu hohe – 32 Prozent im letzten Jahr gefallen ist.

Afrika: Überschuldung, Rohstoffexporte und Liberalisierung

Die Situation in Afrika ist vor allem durch Überschuldung geprägt. Über die derzeit aktuellen Strategiepapiere für die Armutsbekämpfung (*Poverty Reduction Strategy Papers*, PRSP.) informiert der aus dem englischen Bericht übernommene Eurodad-Beitrag „Identifikation mit Armutsbekämpfungsstrategien“ (Seite 48), und Peter Lanzet berichtet über die Fortschritte bei der Einführung eines internationalen Insolvenzverfahrens (S. 40) Hier geht es um eine summarische Betrachtung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen, die die Überschuldung eines Staatswesens für dessen Bewohner hat. Der zweite Problemkreis, der immer wieder in den Berichten aus dem subsaharischen Afrika angesprochen wird, betrifft Handelsliberalisierungen, die sich auf die betroffenen Länder zum Teil recht drastisch auswirken. Dass Rohstoffexporte afrikanischen Staaten bei der Bewältigung ihrer überwiegend desolaten sozialen Schieflage nicht sonderlich nützen, zeigen die Social Watch Berichte aus Nigeria, dem sechstgrößten Erdölexporteur der Welt und aus Sambia, das große Mengen Kupfer produziert.

In **Kenia** folgen die Muster sozialer Unausgewogenheit einerseits regionalen Besonderheiten, die vielfach durch den Zugang zu Land bestimmt sind. Die ‚Kenianische Koalition für Social Watch‘¹⁴ schlägt daher auch eine Landreform für die Regionen Central, Rift Valley und Western vor. Insgesamt bleibe die Landlosigkeit „eine der dringendsten Herausforderungen“ für die kenianischen Politik – nicht zuletzt, da die illegale Aneignung von Ackerland einen wesentlichen Faktor für gewaltvoll verlaufende Auseinandersetzungen darstellt. Darüber hinaus sind die Lebenschancen in dem ostafrikanischen Land von einer stark ausgeprägten Benachteiligung der Frauen in allen Lebensbereichen bestimmt. Die Strukturanpassungspolitik hat zum Teil verheerende Konsequenzen für die ärmeren Schichten der Bevölkerung gehabt. Die gesundheitliche Versorgung etwa hat sich deutlich verschlechtert: 1980 standen 7,6 Prozent des kenianischen Staatshaushaltes für diese Aufgabe zur Verfügung – derzeit sind es noch 5,2 Prozent. Neuere Initiativen wie das unlängst abgeschlossene PRSP werden gelobt, weil die Zivilgesellschaft umfas-

13 Den Bericht aus Kambodscha verfassten Thida C. Khus und In Suon Savann.

14 Die Namen der Autoren des kenianischen Länderberichtes lauten: Mary Wandia (FEMNET), Andiwo Obondoh, Wahu Kahara und Kendren Eve Odette (Action Aid), Oduor Ongwen und Opiyo Macoude (EcoNews), Odenda Lumumba (*Kenya Land Alliance*), Edward Oyugi (SODNET), Kibara Gichira (CGD), Alloys Opiyo (*Undugu Society*)

send konsultiert worden sei. Kritisiert wird jedoch, dass der kurzfristige PRS-Prozess nicht mit dem auf 15 Jahre angelegten Nationalen Armutsbekämpfungsprogramm (NPEP) verknüpft wurde.

In **Tansania** bekommen die Armen vor allem die Folgen der seit Mitte der 80er Jahre eingeleiteten Handelsliberalisierungen zu spüren. Wie die Autorengruppe des „NRO-Netzwerk der Menschenrechtsorganisationen im Südlichen Afrika“ (SAHRINGON) mitteilt, sind dadurch einerseits die Steuereinnahmen betroffen, da Investoren aus dem Ausland mit Vergünstigungen angelockt werden. Die Steuereinnahmen basieren derzeit vor allem auf einer 20-prozentigen Mehrwertsteuer. Da den Investoren im Inland keinerlei Grenzen für ihr Engagement gesetzt wurden, haben sie lokale Vertriebsstrukturen übernommen und auch Kleinindustrien wie die Verarbeitung von Fischprodukten – beides traditionell Felder, in denen Frauen aktiv sind. Der Import von großen Mengen an Altkleidern aus den Industrieländern hat den Textilsektor stark in Mitleidenschaft gezogen. Im Rahmen der HIPC-Initiative wurden Tansania mit Termin November 2001 Schulden in Höhe von rund 150 Millionen US-Dollar erlassen. Damit wird im aktuellen Wirtschaftsjahr ein Schuldenstand von 142 Millionen US-Dollar erreicht, der jedoch nach Einschätzung der Autoren für 2006/2007 bereits wieder auf 174 Millionen Dollar steigen wird. Der Schuldenerlass ist somit zu klein, um Armutsbekämpfung fiskalisch nachhaltig absichern zu können – vor allem, da nicht einmal der PRS-Prozess derzeit in vollem Umfang finanziert ist.

Insgesamt sind in **Uganda** in den letzten Jahren Fortschritte bei der Minderung der absoluten Einkommensarmut erzielt worden. Lag diese 1992/93 noch bei 56 Prozent der Bevölkerung, konnte sie bis zum letzten Jahr auf 35 Prozent zurück geschraubt werden. Damit ist jetzt bereits das Ziel von Kopenhagen erreicht, die absolute Armut zwischen 1993 und 2010 um ein Drittel zu senken. Doch auch im Musterland für eine „fundamentalistische Liberalisierung“, wie David Obot vom „Entwicklungspolitischen Netzwerk Indigener Freiwilligenorganisationen“ die Wirtschaftspolitik Museveni bezeichnet, sind die Einkommensunterschiede in den letzten fünf Jahren gewachsen: Während die ärmsten zehn Prozent der ugandischen Bevölkerung im Jahr 2000 8,3 Prozent mehr für ihren Lebensunterhalt ausgeben können als 1997, stehen dem reichsten Zehntel dagegen um 20 Prozent gewachsene Einkünfte zur Verfügung.

Idris E. El Noyal vom der „Amal-Gesellschaft“ aus dem **Sudan** macht ebenfalls vor allem Handelsliberalisierungen für den Niedergang der Wirtschaft verantwortlich. Zwar werden selbstverständlich auch die Auswirkungen des Krieges im Südsudan in dem nach Regionen aufgeschlüsselten statistischen Material sichtbar. Doch zählt der Bericht eine ganze Reihe negativer Auswirkungen des freien Marktzugangs der Industrieländer auf:

- Zusammenbruch nicht konkurrenzfähiger heimischer Industriezweige;
- wachsendes Handelsbilanzdefizit aufgrund sich verschlechternder *Terms of Trade*;
- hohe Inflationsraten vor allem bei importierten Gütern und Verfall des Außenwertes der eigenen Währung;
- wachsende Auslandsverschuldung, die 1997 bereits 19 Milliarden US-Dollar erreicht hatte, was in dem Bericht jedoch auch auf die hohen Kriegskosten zurück geführt wird.

Interessant wird der Beitrag aus dem Sudan auch dadurch, weil Noyal ausführlich auf die Situation von Kindern eingeht: Danach arbeitet jedes vierte Kind im Alter zwischen 10 und 14 Jahren und 38 Prozent aller Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren. Sogar unter den sechsjährigen sind rund 10 Prozent mit wirtschaftlichen Aktivitäten belastet. Auf dem Land müssen Kinder fünfmal so häufig arbeiten wie in der Stadt. Die Zahl der Straßenkinder hat sich im gesamten Land in den letzten Jahren drastisch erhöht. Besonders in Khartum selbst – wohin viele Menschen vor dem Bürgerkrieg geflohen sind – verdreifachte sich ihre Zahl von knapp 22.600 im Jahre 1996 auf heute rund 62.000 Kinder.

Sambias Wirtschaft hängt im großen Maße von der Kupferproduktion und den Weltmarktpreisen für das rote Metall ab. Die Schwierigkeiten des Landes reichen bis in die 70er Jahre zurück, als der Kupferpreis zu fallen begann, während die Ölimporte teurer wurden. Das erste Kreditpaket des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 390 Millionen US-Dollar erhielt Sambia 1978. Derzeit ist geplant, dem Land in den nächsten 20 Jahren im Rahmen der HIPC-Initiative 3,8 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden zu erlassen. Der Großteil der fälligen Abschreibungen wird für 2003 (*completion point*) erwartet. Michelo Hansungule, Professor für Recht an der Universität Pretoria, erwartet eine Minderung des Schuldendienstes von 344 Millionen Dollar jährlich in 2001 auf 169 Mio. für den Zeitraum bis 2005 und auf etwa 100 Mio. in den Jahren danach. Der soziale Fortschritt – soweit aus der mangelhaften Datenlage überhaupt absehbar – verlief die letzten Jahre in Sambia sehr schleppend.

Auch **Nigeria** macht zwiespältige Erfahrungen mit Exporteinnahmen, die hier aus der Erdölproduktion stammen. Nach dem Boom durch die Ölpreisschwanke in den 70er und frühen 80er Jahren leidet das Land nun unter den starken Preisschwankungen, die eine seriöse Budgetplanung fast unmöglich machen, da Einkünfte aus Rohölexporten über 90 Prozent der Staatseinnahmen ausmachen. So musste der Haushaltsansatz für 2002 gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent zurück geschraubt werden. Auffällig an dem nigerianischen Länderbericht ist jedoch vor allem der tiefe Argwohn des Autorenteam¹⁵ gegenüber den staatlichen Institutionen des westafrikanischen Landes. Während andere Autoren das Problem ‚Korruption und gute Regierungsführung‘ als ein Thema unter anderen behandeln, merkt man den NigerianerInnen an, dass sie den vorliegenden Zahlen zutiefst misstrauen. Das beginnt schon bei der Höhe der Auslandsverschuldung, die von G.E. Gondwe, dem Direktor für afrikanische Angelegenheiten beim IWF, mit 32 Milliarden US-Dollar angegeben wird, jedoch vom nigerianischen Finanzminister auf nur 28 Mrd. und von Olusegun Obasanjo, dem Präsidenten Nigerias, auf lediglich 22 Mrd. US-Dollar beziffert wird. Darüber hinaus ignoriert die Exekutive bei der Allokation der Mittel Gesetze, indem sie zum Beispiel den Verteidigungshaushalt mit knapp drei Mrd. US-Dollar um rund 50 Prozent höher ansetzt, als es ihr eigentlich erlaubt ist.

15 Den Länderbericht Nigeria verfassten Ray Onyegu, Koordinator, für Social Watch in Nigeria, Shola Akinbode, *Legal Research and Resource Development Centre*; Basil Ugochukwu, *Legal Defence Centre*; Josephine Chukwuma, *Project Alert for Women's Rights*